Einzelpreis 100 Mark

Bezugs-Preise:
Inland: durch Post monatlich 800 Mk., durch Kreuzband vierteljährlich 3000 Mk.
Ausland: Beim Verlag Berlin SW 11, Dessauerstr. 6 zu erfrag.

Anzeigen-Preise:
Für die 1spaltige Millimeter-Zeile 40 Mk., eine ganze Seite 175 (an) Mk. Bei Vorzugsvorschrift entsprechend, Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Kleine Anzeigen: das Ueberschrifts-Wort 100 Mk., jed. weit. Wort 50 Mk.

Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6, entgegen. Fernsprecher: Amt Lützow 3862. Bank-Konto: Darmstädter- und Nationalbank, Berlin, Potsdamer Straße 56. Postscheck-Konto: Berlin 83714
Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als vierzehntägige Beilage

Nummer 14 | Sonnabend, den 7. April 1923 | 4. Jahrgang

Inhalt: Herrn Severings Kampf. — Herrn Severings Ruf zu den „geistigen Waffen". — Der deutsche Boden. — Die ergürnten Staatsbürger Jüdischen Glaubens. — Zum Kapitel „Der Unternehmer". — Völkische Gesichtspunkte für die religiöse Unterweisung in Kirche, Schule und Haus. — Die Arbeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik.

Herrn Severings Kampf

Wie hier gesagt wurde: es werde sich von nun ab um einen Machtkampf Severings gegen Cuno handeln, so hat sich die Lage in dieser Richtung entwickelt. Jüdische Blätter und Zeitschriften an der Spitze haben bereits den Anfang mit der Hetze gegen Cuno gemacht. Der Berliner Montags-Kikeriki Herr von Gerlach verkündete am vergangenen Montag: „Cuno schafft's nicht" und schlug ein Kabinett Kardorff-Breitscheid vor. Der Vorschlag ist reizvoll genug. Aus dem Haupte Herrn von Gerlachs ist er nicht entsprungen, sondern er hat nur zuerst krähen dürfen. Breitscheid ist Unabhängiger, Kardorff Deutsche Volkspartei, beide verbindet Liberalität der Gesinnung und jenes jüdische Grundwasser, dessen in einem folgenden Aufsatz Erwähnung getan wird. Man kann in der Tat überzeugt sein, daß diese beiden Männer der Zukunft zueinander passen würden. Immerhin sind solche Namensnennungen in diesem Augenblick nur Vorpostengefechte, und es wäre recht denkbar, daß, im geeigneten Augenblick, der große Name Stresemann plötzlich auftauchte. Herr Dr. Stresemann legt, beiläufig bemerkt, seit einiger Zeit besonderen Wert auf glaubhafte Bekundung allgemeiner Bildung, er spricht von Goethe, er spricht auch von Kant, urteilt mit Selbstgefühl wohlwollend über Bismarck und kritisiert mannhaft Wilhelm II. Das sind Dinge, die ihn nur empfehlen können. Uebrigens bemerkt, gibt es wohl nur wenige literarische, journalistische Juden, die nicht zum mindesten eine „Monographie" über Goethe geschrieben hätten. Die Bildungsindustrie ist in den tatsächlich maßgebenden Kreisen sehr blühend. Man erinnert sich mit Vergnügen an den Tag der Weimarer Nationalversammlung, wie da die, auf einmal hochgestellten, Genossen über Goethe und Schiller schwitzten, um sie am Tage darauf mit Begeisterung und Gefühl zu zitieren und den „Geist von Weimar" zu markieren im Gegensatz zum traurigen Ungeist von Potsdam. Kehren wir zum Kampfe Severing-Cuno zurück!

In Thüringen und Sachsen schreibt die Presse bereits, das Verbot der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" genüge nicht, das Verbot der „Deutschnationalen Volkspartei" müsse folgen. Davon kann in Wirklichkeit die Rede nicht sein, wenn es schon ein hübsches Stimmungssymptom ist. Man muß immer auf den Ursprung und auf das Grundmotiv zurückgehen: die „Deutschvölkische Freiheitspartei" ist von Herrn Severing verboten worden, weil sie, als einzige Partei in Deutschland die Judenfrage sieht wie sie ist, ausspricht wie sie ist und ohne Einschränkungen behandelt. Alles andere, was man gegen die Völkischen vorbringt, von Bedrohung der Republik usw. ist Vorwand und dekoratives Beiwerk. Der Preußische Minister des Innern arbeitet auf dieser Linie und versucht, soweit es an ihm liegt, nach keiner anderen Seite hin und auf keine andere Seite Rücksicht zu nehmen. Daß diese seine Politik weder im Rechte, noch im Gesetz Boden hat, noch im eigentlichen Staatsinteresse, weiß er und fühlt er. Besonders fühlt es auch die führende Judenschaft in Deutschland. Deshalb richtet sie seit Wochenfrist aus verschiedenen Richtungen konzentrische Angriffe gegen Cuno. Die sozialdemokratische und demokratische Presse ergeht sich in immer deutlicheren Anspielungen, auch in offenen Angriffen gegen Herrn Cuno: er habe in München nationalistisch und in einer Weise gesprochen, welche Verhandlungen mit Frankreich unmöglich machen müßte. Das hat der Kanzler in Wirklichkeit nicht getan, freilich nicht in einer Weise gesprochen, wie wir es für richtig und nötig halten, aber gleichwohl! Die Sozialdemokratie und Demokratie, hinter und über ihnen das Großjudentum, will aber unter allen Umständen und bald mit Frankreich verhandeln. Es dauert den Herren jetzt schon viel zu lange. Die französischen Morde zu Essen und sonst im Ruhrgebiet sind diesen jüdisch-deutschen Realpolitikern nur deshalb so ärgerlich, weil ihnen die Anknüpfung von Verhandlungen durch sie erschwert wird. Um Mißverständnisse auszuschließen: es wäre Unsinn, Verhandlungen schlechthin doktrinär abzulehnen, es kommt nur auf das Wie an, und vor allem darauf, daß nicht Deutschland sie anzubieten hätte, sondern Frankreich. Die Führer der Judenschaft und die ihnen dienstbaren Parteien wollen auch deshalb unter allen Umständen schnell zu Verhandlungen mit Frankreich kommen, weil sie von einer längeren Fortdauer des jetzigen Zustandes ein Wachsen des nationalen und völkischen Geistes in Deutschland befürchten. Das können sie nicht brauchen, weniger denn je. Daraus ist nun wieder verständlich, daß man eine „Gefahr für die Republik" konstruiert, eine völkisch-nationalistische Gefahr, die vom werbenden nationalen und völkischen Motiv ablenkt, ebenso von dem eigentlichen Charakter der von außen kommenden Gefahr. Cuno wird unter die öffentliche Doppelanklage gestellt: im Innern der republikrettenden Politik Severings und nach außen den allein rettenkönnenden schleunigen Verhandlungen mit Frankreich entgegenzuarbeiten.

So zeigt sich der Rahmen der durch Severings Vorgehen veranlaßten Krise als viel größer gegenüber dem ersten Anschein. Es handelt sich für die Kräfte, deren Exponent Herr Severing ist, um Rückkehr zu einer Erfüllungspolitik ohne Einschränkung, vielleicht in etwas veränderter Form, sicher aber nicht abgeschwächt, in Verbindung mit allgemeiner Verschiebung nach links. Schon wird in die „englische" Presse lanciert und von ihr aus wieder nach Deutschland „berichtet", man beunruhige sich in England über die nationalistischen und monarchistischen (!) Strömungen in Deutschland. Da England der deutschen Bevölkerung als ihr berufener Retter und wohlwollender Vormund der Zukunft geschildert wird, so liegt die Folgerung auf der Hand. Konzentrisch hiermit arbeitet der neulich veröffentlichte Aufruf des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten Verbände, des deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Dieser Aufruf richtet sich an die „Arbeiter der Welt", mit einer Reihe abgebrauchter allgemeiner Klagen und Redewendungen über Militarismus, Gewalt usw. und fordert schließlich die „Arbeiter der Welt" auf, die „Freiheit der Arbeit" zu schützen. Die „Arbeiter der Welt" werden auf diesen Aufruf pfeifen, ihn überhaupt nicht beachten; über den dummen Parteimißbrauch des Begriffes „Militarismus" wird demnächst zu sprechen sein. Dieser Aufruf richtet sich in Wirklichkeit nicht nach außen, sondern an die weiter zu verblendende deutsche Bevölkerung. Sie soll glauben und glaubt, ein solcher Appell habe irgend etwas zu bedeuten, sei eine Tat und ein Schritt zu jener Verbrüderung, die doch einmal kommen müsse. Um dem Aufruf seine große Wirkung zu erhalten, dürfe man nun um Gottes willen nicht Deutschland in den Verdacht geraten lassen, es gäbe auf deutschem Boden Platz für „Nationalismus", man müsse „Verhandlungswillen" zeigen.

Das sind nur einige Beispiele für den minierenden Kampf, der unter verschiedenen Namen und Firmen einheitlich anonym geleitet und geführt wird. Das Ganze nennt man Einheitsfront, und wer diese Einheitsfront in der Nähe anzusehen und seine Beobachtungen zu erzählen sich erlaubt, ist ein „Verbrecher am Vaterlande". Uns und unseren süddeutschen Freunden wird als besonderes furchtbares Verbrechen die Auffassung angerechnet: ohne vorhergehende innere Reinigung ist wirkliche Einheitsfront nach außen nicht möglich. Dabei beweist jeder neue Tag, daß diese These, und sie allein, richtig ist. Die Severingsche Unterdrückungspolitik, von der unten weiter die Rede ist, und in welcher der Minister selbst nur einen Exponenten bedeutet, möchte einen ganz großen Schlag machen und die Politik des Reiches im Innern und nach außen wieder vollständig unter linke Führung bringen. Namen wie Kardorff und Stresemann ändern daran gar nichts. Das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei bedeutet eine überlegte Kraftprobe der durch Severing dargestellten Strömung, welcher gewiß auch Herr Poincaré sympathisches Interesse entgegenbringt. Der Reichskanzler Herr Cuno hat drei Möglichkeiten: sich durchzusetzen auf politische Kosten Herrn Severings und seiner Leute, zu gehen, oder schließlich zu bleiben und sich zu unterwerfen. Wir Völkischen sind keine Gefolgschaft des Reichskanzlers, halten nichts von halben Lösungen und Maßnahmen. Unmittelbar steht heute die Deutschvölkische Freiheitspartei auf der Tagesordnung. Mit dieser Frage hängen viele wichtige Dinge zusammen, die Herrn Cuno und Herrn Severing gleichermaßen gut bekannt sind, jedoch der Oeffentlichkeit noch vorenthalten bleiben. Auch deshalb sind wir gespannt auf die weitere Entwicklung und auf das Verhalten des Kanzlers und des Preußischen Innenministers. Wir Völkischen werden unseren Weg gehen, so oder so.

Herrn Severings Ruf zu den „geistigen Waffen".

Der Preußische Minister des Innern hat am Ostersonntag unter dem Titel: „Unser Selbstschutz" eine Art Verteidigung seines Vorgehens gegen die Völkischen im „Vorwärts" erscheinen lassen. Er spricht klagend von den sieben letzten blutigen Ostern und stellt sentimental die ganz neue Wahrheit fest: der Frühling der Völker sei noch (?) nicht gekommen. Herr Severing geht nach dieser Einleitung auf sein Thema über: Auch im Innern seien wir nicht einiger, nicht freier und nicht brüderlicher geworden. „Man hatte zum Bürgerkrieg gerüstet, zu neuem Blutvergießen, der Tag der Kriegserklärung an die eigenen Volksgenossen war schon festgesetzt, das Schicksal der „feindlichen" Führer schon im Voraus bestimmt". Dieser Plan sei durch die Polizei vereitelt worden, die Gefahr aber noch nicht beseitigt. Die Polizei habe ihre Pflicht getan, außerdem unfriedliche und bewaffnete Vereinigungen verboten und aufgelöst und sogar eine sogenannte „politische Partei" in dieses Verbot einbezogen. Auch das war, obgleich in einem demokratischen Staatswesen nicht gerade populär, eine unumgängliche Notwendigkeit". Die Polizei werde dafür zu sorgen haben, daß die verbotene Tätigkeit nicht fortgesetzt werden könne usw. —

Der Minister hat die Behauptung aufgestellt: das Verbot der Freiheitspartei sei eine Notwendigkeit gewesen, ohne auch nur den Versuch eines Beweises für ein Vorhandensein dieser Notwendigkeit zu machen. Inzwischen ist die Beschwerde der Partei an den Staatsgerichtshof ergangen, von der Reichsregierung wird größte Beschleunigung versprochen. Es macht einen schlechten Eindruck, daß der Minister Severing mitten in dieses schwebende Verfahren hinein seine beweislosen Behauptungen in die Oeffentlichkeit wirft, Behauptungen, die den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Das nimmt sich um so merkwürdiger aus, als die Polizei Mitglieder der Parteileitung — und das müßte das erste gewesen sein — überhaupt nicht gefragt oder vernommen hat. Dieselbe Polizei versorgt den „Vorwärts" mit Material fragwürdigster Natur. Dieses Blatt sprach von dem Vorhandensein eines hochverräterischen Organisationsplanes der Partei, der außerordentlich schwer belastend sei. Dabei handelt es sich um ein Schriftstück, welches mit Partei und Parteileitung nichts zu tun hat. Auch Herr Severing würde ablehnen, wenn man ihn für Briefe, die er ohne sein Zutun erhalten hat, verantwortlich machen wollte.

Der Minister spricht von einer „sogenannten politischen Partei". Wenn ein verantwortungsloser Journalist und Demagoge derart polemisiert, so ist das verständlich, wenn auch nicht sehr hochstehend. Von einem verantwortlichen Minister und dazu einem klugen und unterrichteten Mann wie Herrn Severing, sollte man derartiges nicht erwarten dürfen. Herr Severing muß genau wissen, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei keine sogenannte politische Partei ist, sondern eine politische Partei im Sinne aller Begriffe, welche eine politische Partei als solche bestimmen. Herr Severing muß seine Position innerlich als sehr schwach empfinden, wenn er zu solchen kleinen Mittelchen greift, um die Oeffentlichkeit zu beeinflussen und ihr einen von ihm gewollten, tatsächlich unrichtigen Begriff über die Deutschvölkische Freiheitspartei zu geben. Es handelt sich nicht um einen Wortkampf, sondern um Tatsachen. Der Herausgeber des „Reichswart" hat der Leitung des Freiheitsbundes, der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft und im Anschluß daran der Deutschvölkischen Freiheitspartei angehört und erklärt hiermit dem Preußischen Innenminister: Die Deutschvölkische Freiheitspartei, das Wesen der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist dasjenige einer politischen Partei. Da ist nichts „sogenanntes" dabei, und auch nichts, was verborgen werden sollte. Die Partei hat ein politisches Programm, dessen vorläufige Fassung auch der „Reichswart" im Januar veröffentlichte, sie setzt sich ganz bestimmte Ziele und hat mit diesen nicht hinterm Berge gehalten. Sie ist Gegnerin des Parlamentarismus, aber wenn das strafbar ist, so hätte die kommunistische Partei längst verboten werden müssen, ebenfalls die Deutschnationale Volkspartei als eine monarchistische Partei. Die

Betrifft: Bezugserneuerung!

Wir bitten unsere Bezieher, den Bezugspreis für Monat April, **Mk. 800.—** (unter Kreuzband **Mk. 1000.—**) baldmöglichst auf unser Postscheckkonto: Berlin Nr. 887 14 einzuzahlen.

Ebendahin werden auch Spenden für den Kampfschatz erbeten.

Der Verlag des „Reichswart".

Detektiv-Institut. Hauptmann Holtz, Leipziger Str. 103, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1278. | Erstklassige Erfolge!

Deutschvölkischen, besonders seitdem sie sich in der Freiheitspartei zu sammeln begannen, sind unausgesetzt Gegenstand der Verfolgung und Unterdrückung gewesen. Ihnen wurde das Recht abgesprochen, Versammlungen abzuhalten, Versuche, es zu tun, wurden mit brutalster Gewalt beantwortet. Die Deutschvölkische Freiheitspartei hat dann versucht, Selbstschutz und Saalschutz zu organisieren, um ihr Versammlungsrecht in der freiesten aller Republiken ausüben zu können. Das gefiel den Regierungen nicht, die Versammlungen wurden verboten wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit". Findet der Minister Severing dieses Verfahren gerecht, sozial, offen und würdig? Es ist aus der Angst geboren. Nicht aus der Angst vor „bewaffnetem Umsturz", sondern aus der Angst vor der Macht der völkischen Idee. Das ist die Wahrheit und der Angelpunkt des sonst auch verstandesmäßig nicht zu erklärenden Vorgehens der Behörden. Die bekannten „taktischen Erwägungen" zwingen selbstverständlich alles denkbare Andere zu behaupten. In seinem schönen Ostervorwärtsaufsatz kann Herr Severing gleichwohl nicht verhindern, daß die Furcht und ihr eigentlicher Grund sehr deutlich durchschimmert. Er wendet sich an die Republikaner, insbesondere an die Sozialisten und außerdem an die Gleichgültigen und sagt ihnen u. a.: sie dürften die „motorische Kraft der rechtsradikalen Bewegung nicht beschönigend als verstiegenen irregeleiteten Patriotismus bezeichnen." Da kann man ausnahmsweise mit Herrn Severing übereinstimmen, besonders in der Hervorhebung der motorischen Kraft der deutschvölkischen Bewegung, die freilich keine rechtsradikale ist, was übrigens Herr Severing sicher weiß. Es dürfte ihm genau bekannt sein, daß der völkischen Bewegung Mitglieder und Anhänger aus allen Parteien zugeflossen sind und weiter zufließen. Schon das zeigt deutlich ihre motorische Kraft und die nach allen Seiten wirkende Kraft der Anziehung. Irregeleiteter Patriotismus ist in der Deutschvölkischen Freiheitspartei in der Tat nicht zu finden, wohl aber ein Patriotismus, der der internationalistischen Partei des Herrn Severing ein Greuel und ein böses Gewissen bedeutet und eine unheimliche Furcht vor der Zukunft der „völkerbefreienden internationalen Sozialdemokratie".

Die Polizei allein, meint Herr Severing sehr richtig, kann es nicht machen: „Erziehung zu wahren Staatsbürgern, Erziehung zur Demokratie, Erziehung zur Republik, muß das Ziel dieser Betätigung unserer Partei im Abwehrkampf sein". Selbstverständlich müsse dieser Kampf nur mit geistigen Waffen geführt werden. — Auch das ist sehr richtig. Man freut sich immer, sagen zu können, Herr Severing habe recht. Warum aber handelt er dann nicht nach seinen Worten? Polizeimaßnahmen, Brutalisierungen, Verhaftungen und das Verbot der Partei haben bis jetzt als geistige Waffen nicht gegolten. Die Sozialdemokratische Partei kennt, seitdem sie herrscht und regiert, freilich nichts anderes. Herr Severing sollte eine Ergänzung des Gesetzes zum Schutze der Republik bewirken, daß polizeiliche Gewaltmaßnahmen und „Dreinschlagen" unter Androhung von Freiheitsstrafen als geistige Waffen betrachtet und bezeichnet werden müßten. Der Minister ruft seine Parteigenossen zum „geistigen" Kampfe auf. Das ist höchst unvorsichtig von ihm. Wie die Erfahrung zeigt, besitzt er selber keine geistigen Waffen gegen den völkischen Gedanken und gegen die motorische Kraft der völkischen Bewegung. Nun hofft er anscheinend, daß seine werten Genossen vom „Vorwärts" und anderswo über „Waffen des Geistes" verfügen und ruft nach Stärkung der republikanischen und demokratischen Gesinnung. Bis jetzt hat der geistige Kampf gegen die völkische Bewegung nur aus flachem Geschimpfe, aus Drohungen, Denunziationen und Verleumdungen bestanden. Anders wird es in Zukunft kaum werden. Wo soll es auch herkommen? Auf der einen Seite steht der völkische Gedanke in seiner ganzen Fruchtbarkeit und Tiefe, in seinem gesunden Idealismus, mit seinen erst zum kleinsten Teile ermessenen Ausblicken, auf der andern Seite die gescheiterte Lehre und Praxis von der „sozialen Demokratie", von der Internationale. Alles das ist zusammengebrochen und befindet sich in dem wenig angenehmen Stadium fortschreitenden Entlarvtwerdens. Die geistigen Waffen, die der heilige Marx der völkerbefreienden Sozialdemokratie geliefert hatte, sind längst als gewissenlose Sophismen und politische wie wirtschaftliche Rohrkrepierer erkannt worden. Und die Internationale! Der betrübte Genosse, so weit er ehrlich ist, braucht nur auf die letzten vier Jahre und auf die glorreiche Gegenwart zu blicken; und so weit er nicht ehrlich ist, versucht er durch Hinweisen auf die Zukunft die Massen immer wieder glauben zu machen, sie brauchen nur Geduld zu haben, um den schönen Tag der internationalen Verbrüderung und des sozialen Paradieses zu erleben. Je länger diese Täuschung aufrecht erhalten werden kann, desto länger dauert die Herrschaft der Juden und ihrer Schutzgenossen. Das nebenbei. Herr Severing hat mit seinem Ruf nach geistigen Waffen nicht bedacht, daß das sehr unvorsichtig gewesen ist. Er meint, man müsse zur „Macht der Idee" bei den Kämpfen im Innern eben soviel Vertrauen haben wie an der Ruhrfront. Der Minister verkennt in wirklich auffallender Weise den grundlegenden Unterschied. An der Ruhrfront kämpfen im Grunde, wenn auch vielfach unklar, deutsches Volksgefühl, daneben, notgedrungen in falscher Front, nur getrieben durch die Angst, „hinten herunterzufallen", die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaft. Dem völkischen Gedanken hat die Sozialdemokratie geistig gar nichts entgegenzusetzen, pseudogeistig ein „Arsenal" an abgebrauchten verlegenen Phrasen, und außerdem die Gewalt in Händen des Herrn Severing. Herr Severing und seine Genossen erkennen die motorische Arbeit der völkischen Bewegung an. Er unterschätzt diese aber sehr, wenn er glaubt, sie mit so trübseligen und armseligen Mitteln erfolgreich bekämpfen zu können.

Geistige Waffen sind ein schöne Sache, aber man muß sie haben. Der Herr Minister Severing hat — wenn es erlaubt ist, ohne verboten zu werden und Strafen zu verfallen, dies zu sagen — einen Fehler gemacht, als er den „Vorwärts" und die Partei zu den geistigen Waffen rief, die sie nicht haben. Sollte die Sozialdemokratische Partei noch irgendwo geistige Waffen verborgen haben, so wäre der Moment jetzt da, sie auszugraben. Das ist aber unwahrscheinlich, denn etwa vergrabene geistige Waffen der Genossen wären nicht vergraben worden, um sie wieder herauszuholen und mit ihnen zu kämpfen, sondern weil sie unbrauchbar sind. Auch an Verschiebung geistiger Waffen vermag ich hier nicht zu glauben, denn für die Waffen gibt niemand etwas mehr.

Nach allem kann man also dem Kampfe der Sozialdemokratie unter Herrn Severings Führung mit Waffen des Geistes gegen die deutschvölkische Bewegung erwartungsvoll entgegensehen. Dem Herrn Minister aber sei für seinen schönen Osterartikel gedankt, zugleich in der Hoffnung, daß er zu Pfingsten einen noch schöneren schreibt.

Der deutsche Boden.

Wie stellen sich die Völkischen, insbesondere, wie stellt sich der „Reichswart" zur Bodenfrage? Diese Frage wird wiederholt in Versammlungen und schriftlich an uns gerichtet, bisweilen mit der gleichzeitigen Bemerkung: das sei wohl eine heikle Frage, man habe bisher noch hie eine klare Stellungnahme in völkischen Kreisen dazu genommen, wünsche also augenscheinlich, um den Brei herumzugehen und hege unüberwindliche Scheu, sich „festzulegen".

Die Bodenfrage, das ungelöste und höchst verfahrene Problem des deutschen Bodens steht für die Gestaltung der Zukunft des deutschen Volkes mit an erster Stelle. Das hat der „Reichswart" im Laufe des vorigen Jahres bei Besprechung der völkischen Aufgaben und des Wesens völkischer Politik wiederholt ausgeführt. Ebenso braucht nur wiederholt zu werden, daß wir für die Lösung der Bodenfrage nicht auf ein bestimmtes System, nicht auf ein bestimmtes Programm, z. B. auch nicht das Programm Damaschkes eingeschworen sind. Weiter liegt uns ein Parteistandpunkt ebenso fern, wie der Standpunkt des Interessenten. Für uns handelt es sich darum: völkisches, soziales Recht und völkische, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und beide mit dem Gesichtspunkte wirtschaftlicher Ausnutzung und Ertragsfähigkeit in Einklang zu bringen.

Der Grundsatz, daß jeder Deutsche Anspruch auf ein Stück deutschen Bodens besitzt, bleibt anerkannt. Er ist grundvölkisch auch insofern, als er die Zusammengehörigkeit, man möchte sagen die unauflösliche Verbundenheit des Volkes mit seinem Grund und Boden zum Ausdruck bringt. Diesen Anspruch jedes Volksgenossen auf ein Stück Boden erkennen wir Völkischen als ein Recht an. Es ist eines der vornehmsten Ideale, des völkischen Gedankens und völkischer Politik, diesen Anspruch und dieses Recht restlos zur Verwirklichungsmöglichkeit zu bringen. Dabei ist klar und darf keinen Augenblick außer Acht gelassen werden, daß eine solche völkische und gerechte Lösung des Bodenproblems jetzt sehr weit von der Verwirklichung entfernt ist. Millionen Deutscher, die vor reichlich vier Jahren aus dem Felde zurückkehrten, war gesagt worden: die freie, die soziale Republik wird mit als erstes euren Landhunger befriedigen, eurer Sehnsucht und eurem Anspruch eines Stückes eigenen Landes Genüge leisten. Die Republik wird es für eine Ehrenpflicht halten, das schleunigst durchzuführen, was das verruchte alte Regime seit Jahrzehnten hätte durchführen können und müssen!

Was ist seitdem geschehen? Die Weimarer Verfassung enthält einige schöne und einige minder schöne Worte zu diesem Kapitel: Nach Artikel 155 verspricht sie die Ueberwachung einer Verteilung und des Nutzens des Bodens von Staatswegen und in einer Weise, die Mißbrauch verhütet und dem Ziel zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte sichern. Die seitdem verflossenen vier Jahre haben die Bodenfrage ihrer Lösung keinen Schritt näher gebracht, weder die ländliche noch die städtische. Ueber Siedlung ist allerhand gefaselt und versprochen worden, aber zustande gekommen nur, was durch Initiative einzelner besonders begabter, energischer Persönlichkeiten in die Hand genommen wurde. Der Staat, der soziale Volksstaat, die freieste aller Republiken, — was hat sie Praktisches zur Lösung, ja auch nur zur praktischen Förderung der Bodenfrage getan? Nichts! nichts als Worte dazu geredet, gedruckt und feierlich von Nationalversammlung und Parlament bewilligen lassen. Wie kommt das? Die Antwort ist einfach genug: im sozialen, also völkischen Sinne kann die Bodenfrage nur gegen das Judentum, nur gegen den jüdisch geleiteten Kapitalismus gelöst werden. Das „neue Deutschland" aber steht im Zeichen eben dieses Kapitalismus und wird vom Judentum beherrscht. Das Judentum und seine Werkzeuge sind der bewußte Urheber der denkbar unsozialen, man kann sagen ruchlosen Zustände auf dem Gebiete der Bodenfrage. Sie machen nicht nur das Geschäft für den Juden, sondern geben ihm eine ungeheure Macht in Stadt und Land, vermehren jährlich seinen Reichtum um riesige Zinsbeträge aus den Taschen der Deutschen. — Man kann sich also wirklich nicht darüber wundern, daß dieses neue Deutschland in der Bodenfrage und in der Wohnungsfrage über schöne Worte nicht hinausgekommen ist. Es wird auch nicht darüber hinauskommen, weil es eben nicht kann. Eine deutsche Republik, ein deutscher Staat, der grundkapitalistisch ist und klassenkämpferisch, in dem ein Mann von der Parteibedeutung Hermann Müllers unter Beifall seiner Partei erklären konnte: die Arbeiterklasse sei auf den internationalen Kapitalismus angewiesen, — ein solcher Staat kann die Bodenfrage einer sozialen Lösung keinen Zentimeter näher bringen. Daran wird nichts durch die Tatsache geändert, daß sich in diesem deutschen Staate, auch innerhalb der regierenden Parteien bisweilen einzelne Persönlichkeiten befinden, die aufrichtig den Willen haben, dem Volke die Verwirklichung seines berechtigten Anspruchs auf gesunde Wohnungen und ein Stück Boden zu verschaffen. Die Republik hat sich auch hier den bequemen Weg des Regieren gewählt, in der Hauptsache durch die Auflösung der sogenannten Fideikommisse. Diese ist aber im Grunde eine parteipolitische Maßnahme, keine soziale und keine wirtschaftliche. Sie in ihrer Allgemeinheit fördert eine soziale Lösung der Bodenfrage ebensowenig wie eine Verordnung über Luftschiffahrt.

Man muß bezweifeln, daß die große Bodenfrage in absehbarer Zeit auch nur ernsthaft in die Hand genommen werden wird, so lange in Deutschland Parlamentsverhältnisse wie jetzt bestehen. Alle parlamentarischen Parteien sind auch in dieser Frage durch das ihnen gemeinsame jüdische Grundwasser indirekt untereinander verbunden. Unter der einen plätschert es laut, aus dem Boden der anderen sieht der Unberufene nur zuweilen es heraussickern. Die Bodenfrage aber kann ernsthaft nur angefaßt werden, wenn man sie radikal, nämlich an der Wurzel, anfassen will. Alles andere ist mehr oder minder Getue, um im Volke den falschen Eindruck zu erwecken, als ob etwas Ernstliches geschehe und gewollt würde.

Man kommt also auch auf diesem Gebiet zum Ergebnis, welches von Severing bis zur „Kreuz-Zeitung" bekämpft wird: der völkischen Einheitsfront — der einzigen gesunden, die es gibt — muß die innere Reinigung vorausgehen! Wer diese Forderung unsittlich, unpraktisch und, der Himmel weiß wie sonst noch, findet, den überlassen wir gern seinen selbstbefriedigten moralischen Gefühlen. Die hat er gewiß in Fülle, je nach seiner inneren Produktionsfähigkeit auf diesem Gebiete, diese ist in Deutschland sehr groß. Aber damit ist dann auch Schluß. Diese moralischen Männer und Vertreter der „nüchternen Ueberlegung" werden auf die Dauer auch den phrasenfreudigsten Deutschen nicht verschleiern können, daß eine soziale Umschaffung der Bodenverhältnisse ohne eine vorhergehende innere Reinigung und unter den obwaltenden parlamentarischen Verhältnissen ausgeschlossen ist.

Die Bodenfrage ist, um es gleich auszusprechen, nur durch einen einzigen rücksichtslos durchgreifenden Willen praktisch denkbar. Ob dieser Wille von einem einzigen Manne oder von einer Anzahl auszugehen habe, ist eine Frage für sich. Irgend eine Form der Diktatur wird es aber sein müssen. Wir beeilen uns zu versichern, daß wir diese Diktatur nicht mit Gewalt herbeizuführen versuchen wollen. Läge die Macht im deutschen Staate, in irgendeiner Form bei den Deutschvölkischen, so wäre der einheitliche Wille ebenso sicher vorhanden, wie die Gewißheit, daß er radikal durchgreifen würde. Vorläufig sind wir nicht so weit, aber die Oeffentlichkeit muß wissen, wohin wir wollen, sei es auch nur in den groben Umrissen, die man einer im einzelnen so verwickelten Frage in einem Zeitschriftenartikel geben kann.

Wir beschränken uns heute auf einige Andeutungen, die im wesentlichen Antworten auf Fragen und Einwürfe bilden: die Völkischen sind weit entfernt davon, die Bodenfrage doktrinär anfassen und sie in den Dienst sozialer Demagogie stellen zu wollen. „Siedlung" ist unglücklicherweise im Laufe der vergangenen vier Jahre ein vielgerittenes Schlagwort geworden, und ebenso die „Aufteilung des großen Grundbesitzes". Auch dieses Thema gilt als „heikel". Für die Völkischen ist es nicht heikel. Der große Grundbesitz behält in unseren Augen nach wie vor Berechtigung, allerdings mit gewissen Einschränkungen. Landwirtschaftliche Praxis und Erfahrung hat gezeigt, daß ein Land, ein Gebiet wirtschaftlich am meisten leistet, wenn in ihm großer, kleiner und mittlerer Grundbesitz in einem bestimmten Verhältnis gemischt bezw. vertreten sind. Dieses Verhältnis bestimmt sich nach der Natur des Landes, insbesondere des Bodens, des Waldbestandes, der Bodengestaltung. Schon an diesem Punkt ergibt sich, daß man nicht verallgemeinern darf, z. B. nicht das gesamte deutsche Gebiet über einen Kamm scheren darf. Die Art der Mischung von großem, mittlerem und kleinem Grundbesitz darf nicht auf dem Papier doktrinär festgelegt werden, sondern hängt ab von gedachten, tatsächlichen und praktischen Verhältnissen. Man käme zur Beurteilung und Festsetzung vernünftigerweise nur auf dem Wege einer weitgehenden Dezentralisierung. Verschiedenes, Verschiedenartiges würde verschieden beurteilt und abgeschätzt werden müssen.

Man hat gesagt: selbst die Völkischen würden sich von der ehrfürchtigen Scheu vor dem großen adligen Grundbesitz nicht losmachen, also sei auch von ihnen hinsichtlich eines energischen Anfassens und Durchgreifens der Boden- und Siedlungsfrage nichts zu hoffen. Das ist unrichtig und unbegründet. Wir wissen uns frei von ehrfurchtsvoller Scheu dieser Art oder irgendeiner anderen. Der „Reichswart" ist in der konservativen Presse bereits der Ehre gewürdigt worden, als sozialistisch und national-bolschewistisch ausgerufen zu werden; auch das läßt uns kalt. Hinsichtlich des großen Grundbesitzes stehen wir auf dem folgenden Standpunkt:

An und für sich kann es keinem völkischen Politiker in den Sinn kommen, einerlei welcher Volksschicht er entstammt, jemandem seinen Besitz wegzunehmen oder ihn zu zerschlagen. Das gilt auch dem großen Grundbesitz gegenüber.

(Schluß folgt.)

Die erzürnten Staatsbürger Jüdischen Glaubens.

Das „Zentralorgan der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" ist mit dem „Reichswart" seit mehreren Wochen leider sehr unzufrieden. Nicht gefallen haben ihm unsere wiederholten Feststellungen, daß das Judentum die heutige Lage in Deutschland, die Vergiftung des deutschen Volkes und alle jene hier oft behandelten trostlosen Verhältnisse planmäßig vorbereitet und geschaffen habe. Unzufrieden ist das Organ der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens auch über unsere leider noch sehr lückenhafte Statistik christlicher Geistlicher jüdischen Blutes. Wir hatten eigentlich im Stillen gehofft, das „Zentralorgan deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" — der Titel ist so hübsch, daß wir ihn gern häufig aussprechen —, werde uns reiches Ergänzungsmaterial liefern. Das Organ zeigt in seiner Entrüstung ein so tiefes Interesse für die Vertretung jüdischen Blutes in der christlichen Geistlichkeit Deutschlands, daß danach eindringende Kenntnis der Verhältnisse in dieser Geistlichkeit und ihrer Durchdringung durch das Judentum mit Sicherheit anzunehmen ist. Man kann dieses Interesse nur zu gut verstehen. Wenn Judentum und Deutschtum in engster Gemeinschaft, „Schulter an Schulter", das „Wort Gottes" lehren und verteidigen, so bedeutet das den Eilmarsch in Richtung auf das „unsichtbare Zion", das die christlichen Kirchen ersetzen soll, und ebenso nationale Regierung und nationale Wirtschaft der Völker, wie die Monarchien usw. usw. — Leider hat das „Zentralorgan deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" von seinen Kenntnissen keinen Gebrauch gemacht und sich vor Mitteilungen gehütet, die weiteres Licht auf die Durchdringung der Kirchen mit judenblütigen Geistlichen werfen könnten. Sein Aerger über das Anschneiden des Themas ist interessant genug. Handelte es sich für diese Staatsbürger wirklich um den „Glauben", so müßten sie mit Abscheu und Entrüstung von Juden sprechen, die christliche Geistliche geworden sind. Sie müßten die Namen aller solcher Juden an den Pranger stellen, der Kahal müßte sie feierlich ver-

Detektiv-Institut.
Hauptmann Holtz,
Leipziger Str. 105, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1275.
Erstklassige Erfolge!

fluchen. Aber davon ist nicht die Rede. Im Gegenteil sind die Staatsbürger jüdischen Glaubens sehr zufrieden mit dieser friedlichen Durchdringung der christlichen Geistlichkeit durch ihre Leute. Wir denken bei diesen Verhältnissen und Vorgängen an den berühmten Judenbrief von Toledo, so genannt, weil er von Toledo aus der Welt bekannt geworden ist. Der Briefwechsel kann nicht oft genug erwähnt werden. Seine Veröffentlichung wird auch den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens, denke ich, eine stolze Erinnerung sein. Er lautet:

„Ehrenwerte Juden, seid gegrüßt und unserer Ergebenheit versichert! Wir bringen zu Eurer Kenntnis, daß der König von Frankreich, der wiederum Herrscher der Provence geworden ist, uns durch öffentlichen Ausruf vor die Wahl gestellt hat, zum Christentum überzutreten, oder sein Land zu verlassen. Die Bewohner von Arles, Aix und Marseille wollen unser Eigentum an sich reißen, sie bedrohen unser Leben, zerstören unsere Tempel und bereiten uns großen Kummer. Wir wissen nun nicht recht, was wir tun müssen, um im Geiste des Gesetzes Mose zu handeln: deshalb wenden wir uns an Euere Weisheit mit der Bitte, zu befehlen, was wir tun sollen.

Chabor, Rabbi der Juden von Arles,
am 13. Schewar 1489.

Die Antwort lautet:

„Vielgeliebte Brüder in Mose!

Wir haben Eueren Brief erhalten, in welchem Ihr uns von den Beklemmungen und Mißgeschicken Mitteilung macht, die Ihr erdulden müßt. Die Nachricht hat uns ebenso starken Kummer bereitet wie Euch. Der Große Rat und die Rabbis geben Euch nun folgende Weisungen:

Ihr berichtet, der König von Frankreich wolle Euch zwingen, zum Christentum überzutreten: Tretet über, da Euch keine Wahl bleibt, aber bewahret das Gesetz Mose in Eueren Herzen!

Ihr berichtet, man zwänge Euch, auf Euer Eigentum zu verzichten: Erzieht Eure Kinder zu Händlern, damit sie nach und nach die Christen ihrer Habe berauben!

Ihr berichtet, man trachte Euch nach dem Leben. Macht Eure Kinder zu Aerzten und Apothekern, damit sie den Christen das Leben nehmen.

Ihr berichtet, man zerstöre Euere Tempel: Sorget dafür, daß Euere Kinder Domherrn und Geistliche werden, damit sie die christlichen Kirchen zerstören!

Ihr berichtet noch von anderen Plackereien: Laßt Euere Kinder Advokaten und Notare werden; laßt sie sich in alle Staatsangelegenheiten mischen, damit sie schließlich die Christen unter Euer Joch beugen; damit Ihr die Welt beherrscht und Euch an ihnen rächen könnt.

Befolget diesen Befehl, den wir hiermit erteilen; die Erfahrung wird Euch lehren, daß Ihr trotz Euerer Unterdrückung schließlich doch zur Macht gelangen müßt!

V. S. S. V. F. F.
Der Fürst der Juden von Konstantinopel,
am 21. Kislew 1489."

Das Rezept hat sich stets als probat erwiesen. Der äußerliche Unterschied, daß man heutzutage Juden nicht zwingt, Christen zu werden, ändert nichts. — Der Briefwechsel ist in Deutschland zuerst vor Jahr und Tag in der Zeitschrift des Verbandes gegen Ueberhebung des Judentums „Auf Vorposten" veröffentlicht worden; man hat ihn dann auch in die neue Ausgabe „der Geheimnisse der Weisen von Zion" aufgenommen.

Das „Organ deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gerät in wahrhaften Prophetenzorn über den neulichen Aufsatz des „Reichswart": „Ein schönes Purim" und druckt in einer fetten Ueberschrift: „Graf Reventlow verleumdet weiter". Das bewegt mich weiter nicht, um so weniger, als das „Organ deutscher Staatsbürer jüdischen Glaubens" durch diese reklamedenunziatorische Ueberschrift das Fehlen der Beweise für das Vorhandensein einer Verleumdung, nach jüdischer Art, zu verdecken sucht. Das ist wieder typisch, und alles typisch Jüdische erfreut mich. Wie neulich hier schon gesagt wurde, ist der Jude, besonders wenn er öffentlich Affekte zeigt und zeigen will, Karikatur, auch in der giftigen Geste. Solche jüdische Ergüsse sind auch nach einer anderen Seite hin fruchtbar. Der „tote Buchstabe" wird lebendig, man sieht hinter ihm den theatralischen Juden, voll Eitelkeit, Galle und Gift. Das ist das Gleiche, ob man nun den Propheten Jesaias, oder den Schulchan Aruch oder das „Zentralorgan der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" liest. Immer ist es König David, der in den verschiedensten Stimmungen, mit zwei linken Füßen gestikulierend und „singend" vor der Bundeslade einhertanzt. Am größten vielleicht ist die Komik, wenn der Jude Würde mimt, und gar beleidigte Würde.

Das schöne Purim dieses Jahres ist eine weltgeschichtliche Tatsache und man kann wohl verstehen, daß die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ihren britischen Volksgenossen jüdischen Glaubens des „Jewish Cronicle" gram sind, weil jene vorzeitig die Katze aus dem Sack gelassen haben. Das „Zentralorgan deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" versucht seine Purimfreude durch laute Rufe nach der nationalen Einheitsfront dem dummen Deutschen zu verschleiern. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieses Bemühen auch jetzt wieder Erfolg haben wird. Ueberhaupt, warum regt sich das „Zentralorgan deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" mimisch so erheblich auf? Das jüdische Geschäft geht ausgezeichnet. Das Wort Jawehs, daß die Kinder Israel alle Völker fressen und überall ernten sollen, wo sie nicht gesäet haben, erfüllt sich von Monat zu Monat schöner. Die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens sollten also ihren Gott loben und preisen, der sichtbarlich mit ihnen ist, sie sollten sich der immer mächtiger anschwellenden Scharen ihrer deutschen Schabbes-Gojim freuen und sich ihre Feststimmung nicht durch einen gleichgültigen Vertreter deutschvölkischen Ungeistes trüben lassen. Hoffentlich zeigt schon die nächste Nummer des Zentralorgans, daß die Serenität der Seele des deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens wiederhergestellt ist. Erregung und Aerger machen auch häßlich, und ich habe gerade für den schönen Juden eine Schwäche.

Schließlich noch ein Wort zu einer Bemerkung des weitblickenden Zentralorgans. Es meint zu unserer Aufzählung der judenblütigen christlichen Geistlichen: In der deutschvölkischen Bewegung befänden sich auch Juden, so der Leiter des „Völkischen Beobachters", Herr Alfred Rosenberg. Ich beglückwünsche das „Zentralorgan deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" zu seiner schneidigen Schlagfertigkeit. Leider schlägt es daneben, denn Herr Alfred Rosenberg ist weder Jude noch hat er jüdisch-gemischtes Blut in sich. Der deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens würde übrigens viel zu seiner Belehrung tun, wenn er sich mit den ausgezeichneten Schriften Alfred Rosenbergs eingehend beschäftigte. Genannt seien: „Der staatsfeindliche Zionismus", „Das Verbrechen der Freimaurerei", „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten", „Unmoral im Talmud". Rosenbergs Schriften gehören zum Besten, was auf diesem Gebiete geschrieben worden ist. Das „Organ deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat sich ein Verdienst dadurch erworben, daß es mir diesen Anlaß gibt, auch die Leser des „Reichswart" auf Rosenbergs Schriften hinzuweisen.

Zum Kapitel „Der Unternehmer".

Unter dieser Ueberschrift geht in Nr. 12 Herr Arnfried Kalawiß meinen, im Artikel „Der Unternehmer" ausgesprochenen Ansichten zu Leibe, und zwar nicht wie der Verfasser der „Kreuzzeitung" mit haßvollen Denunziationen usw., sondern sachlich und mit kaltem Verstande. Das sei ihm gedankt!

Sicherlich unberechtigt ist der mir von ihm gemachte Vorwurf, daß meine zur Besserung der Lage gemachten Vorschläge nicht befriedigten. Ich habe gar keine Vorschläge gemacht, denn man kann nicht eine neue Wirtschaftsordnung in zwei Druckspalten aufbauen! Ich habe mich darauf beschränkt, ganz abstrakt festzustellen und zu beweisen, daß es sittlich berechtigtes (darum also nicht unsoziales, ungerechtes, unberechtigtes) und sittlich nicht legitimiertes (also unsozial wirkendes, ungerechtes) Unternehmertum gibt und habe den Wunsch geäußert, daß diese Unterscheidung in der Gesetzgebung, wo sie jetzt noch ganz unbekannt ist, ihren Ausdruck finden möge, wodurch dann „die Lösung der sozialen Frage" in Fluß kommen werde.

Auf die Theorie, die Herr Kalawiß vertritt, trifft man jetzt des öfteren. Sie befriedigt mich nicht, denn sie geht m. E. nicht auf den Grund der Dinge (der gleiche Vorwurf also, den man mir macht!) sondern bekämpft nur Folgen. Die Unterscheidung „Wirtschaftsführer oder nicht?" dürfte in der Praxis furchtbar schwer sein, weil jeder Unternehmer sich selbstverständlich für den geborenen Wirtschaftsführer hält. Zins, Kapital, verkehrtes bzw. undeutsches Bodenrecht sind nicht die Ursachen der Entstehung der heutigen unsozialen Zustände. Wie könnten z. B. der Besitz von Aktien oder von Zinskapital unsozial sein, wenn Aktien und Zinskapital nichts weiter darstellen als den Gegenwert für vom Besitzer über die frühere Lebensnotwendigkeit hinaus vorgeleistete Arbeit, als das „Vermögen" also, das er sich durch Tüchtigkeit und Wirtschaftlichkeit erspart hat, um von seinem Ertrage im Alter zu leben, anstatt der Allgemeinheit gleich allen alten Minderwertigen als „Sozialrentner" zur Last zu fallen? Aktien, Zinskapital usw. sind überhaupt in sozialem Sinne nicht Ursache, sondern sind nur Folge. Daß die neuen völkisch-sozialen Parteien im Zins- und Bodenwucher die Ursache (Das tun sie garnicht. D. R.) unseres sozialen Unglückes erblicken, ist m. E. eine Schwäche ihrer Programme.

Vielleicht stellt mir der „Reichswart" mal den Raum zur Verfügung, um meine Ansicht über die einzige und alleinige, ewig fließende Quelle aller unsozialen Verhältnisse den Lesern darzulegen. In der gegenwärtigen Erörterung ist dies leider untunlich.

Albert Stiebler.

Völkische Gesichtspunkte für die religiöse Unterweisung in Kirche, Schule und Haus

Von

Richard Pichottka, Neubabelsberg.

Heinrich Heine, der seine Stammesgenossen kennen mußte, sagte 1853: „Man glaubt die Juden zu kennen, weil man ihre Bärte gesehen hat, aber man hat eben nichts, als diese Bärte beobachtet. Im übrigen sind sie noch jetzt wie im Mittelalter ein wanderndes Geheimnis." Es ist heute unser Recht und unsere Pflicht, in dieses Geheimnis hineinzuleuchten, und dazu bieten uns die zahlreichen jüdischen Selbstbekenntnisse die Möglichkeit. Es seien hier nur wenige angeführt. Professor Eduard Gans: „Taufe und Kreuzung nützen gar nichts. Wir bleiben auch in der hundertsten Generation Juden wie vor 3000 Jahren. Wir verlieren den Geruch unserer Rasse nicht, auch in zehnfacher Kreuzung, und bei jeglichem Coitus mit jeglichem Weibe ist unsere Rasse dominierend: es werden junge Juden daraus." Der Jude Landau hat auf einem Zionisten-Kongreß in Berlin erklärt, er habe Gelegenheit gehabt, in das die Juden belastende Material während des Krieges Einsicht zu nehmen; eine Veröffentlichung dieses Materials würde dazu geführt haben, daß man die Juden auf den Straßen totgeschlagen hätte. Und Rahel Rabinowitz schrieb im „Bayrischen Kurier": „Ein Jude ist eben kein Deutscher, sondern ein Jude — ein Fremdling, und es ist nicht ein Ausfluß niederster Instinkte, sondern ein durchaus berechtigtes gesundes Gefühl, wenn das Volk sich dagegen wehrt, von Fremden regiert zu werden." Und trotz alledem: Die Gebildeten in unserem Volke scheuen sich nicht, das arische Blut ihrer Kinder mit jüdischem Blut sich mischen zu lassen; und in den Massen des Volkes ist wohl eine instinktive Abneigung gegen das Judentum, aber man läßt sich vom Juden führen — und beherrschen. Woher kommt das? Unsere Erziehung ist durch das Alte Testament gegangen. Das Christentum, das uns in Kirche, Schule und — Haus gelehrt wird, ist im wesentlichen — Judenchristentum. Steht und fällt unser Christentum mit solcher Auffassung?

Ich sehe im Christentum nicht eine Religion, sondern die Religion schlechtweg. Mag die christliche Gottesauffassung vielleicht noch reiner nach Christi Wort „Gott ist Geist" aus allen menschlichen Zutaten herauszuschälen sein, über die hohe sittliche Auffassung des Christentums werden wir nach Gottes Wort nicht hinauskommen. Und doch auch diese Religion ist nichts Starres, ewig sich selbst Gleichbleibendes, sie hat eine Entwickelung gehabt und wird auch in Zukunft eine Entwickelung haben. Diese Entwickelung geht darauf hinaus, das Göttliche von allem menschlichen Rankwerk zu befreien. Der erste große Schritt in dieser Entwickelung war die Reformation Luthers, sie war eine beispiellose Revolution des germanischen Geistes gegen die beengenden Fesseln des romanischen Kirchentums. Der nächste Schritt kann nur darauf hinausgehen, das Gerüst abzutragen, von dem aus man den Ewigkeitsbau des Christentums in seinen Grundmauern aufgeführt hat. Christus hat als Kind seiner Zeit eben zu seiner Zeit reden müssen und zu dem Volke, in dem er zu wirken hatte, er und die werdende christliche Kirche haben sich an die jüdische Literatur anlehnen müssen. Nachdem aber das Christentum sich seine eigene Literatur geschaffen hat, ist die Anlehnung überflüssig geworden und heute schädlich. Nicht das Gerüst, sondern das Haus ist das Bleibende. Das Christentum steht fest und unerschüttert da, tief eingewurzelt im Leben der Völker. Aber das Gerüst, das abzutragen man unterlassen hat, ist morsch und brüchig und beeinträchtigt die Schönheit des Baues.

Dies Gerüst sind das Alte Testament und die judenchristlichen Anschauungen, in denen wir groß geworden sind. Schon Kant hat das Verfahren der Kirche gerügt, daß sie es heute noch so darstelle, als müßten alle Menschen in Judenchristen verwandelt werden, zu denen der jüdische Messias gekommen sei. Goethe wollte den ganzen „jüdischen Preß" aus dem Christentum los sein. Der Theologe Schleiermacher sagte, daß das „lebendige Christentum" gar keines Stützpunktes im Judentum bedürfe. Schleiermacher erfreut sich doch auch bei Theologen eines gewissen Rufes. Kant und Goethe aber sind unsere größten Geister, über die wir noch nicht hinausgewachsen sind, sondern zu deren Höhe wir erst noch emporwachsen wollen. In den alten Lehrmeinungen von Israel als dem auserwählten Volke Gottes, von den Patriarchen als den Gottesmännern, die mit ihrem Gott auf Du und Du standen, von dem Segen, der sich von Israel über die ganze Menschheit ergossen hat, sind wir aufgewachsen. Kein Wunder, daß wir die ganze Judenfrage durch die trübe Brille judenchristlicher Auffassung zu beurteilen gewohnt sind — zu unserm Unheil! Man kann aber doch nicht im Ernst von uns erwarten, daß wir den Abraham, der zweimal um des krassen Gewinnes wegen sein Weib einem andern Manne preisgab, oder den Isaak, der das gleiche tat, oder den Jakob, der nach unseren Begriffen gegen die elementarsten Sittengesetze verstieß, noch weiter unserer Jugend als die Gottesmänner hinstellen. Was ein Volk ist und was es sittlich bedeutet, das erkennen wir am besten aus seiner Jugendgeschichte, aus seinen Helden- und Volkssagen. Für uns Deutsche sind die größten Helden Siegfried—Armin und Dietrich von Bern. Die sind Urbilder deutschen Wesens in ihrer grenzenlosen Langmut, der Lauterkeit ihres Charakters, ihrer Selbstlosigkeit und ihrem Opfersinn im Dienste anderer, Kraft und Milde in ihrem Wesen gepaart. In seinen Sagen hat sich jedes Volk Selbstbildnisse geschaffen. Man lese ohne die überlieferten Vorurteile die jüdischen Volkssagen von Abraham, Lot, Isaak und Jakob, und man ist über das Wesen des jüdischen Volkes unterrichtet. Wer nach einer Erklärung für den Blutdurst der jüdischen Sowjetmachthaber sucht, der lese die jüdische Volksgeschichte, die wie die Geschichte keines anderen Volkes von Blut trieft. Die dem Christentum zum Vorwurf gemachte blutige Unduldsamkeit mit Inquisition, Scheiterhaufen und Ketzerverfolgungen ist der jüdische Einschlag im Christentum. Je größer die Bedeutung des Alten Testaments für ein Volk ist, desto weiter ist es vom Geist wahren Christentums entfernt. Das beste Beispiel bietet das englische Volk, dessen alttestamentlich bestimmte Religiosität es zu seinem Pharisäertum, zu seinen auf Gelderwerb gerichteten Instinkten und seinen brutalen Weltherrschaftsansprüchen geführt hat.

Als überzeugter protestantischer Christ, der auch die Kirche als notwendige äußere Form des religiösen Lebens anerkennt und wertet, erkläre ich: Das Alte Testament kann uns nicht mehr als das heilige Buch gelten, Israel nicht mehr als das auserwählte Volk Gottes, Abraham, Isaak und Jakob nicht mehr als die Gottesmänner! Sie sind Helden der jüdischen Volkssage wie Dietrich von Bern, Siegfried u. a. in unserer deutschen Volksdichtung, nur mit dem Unterschied, daß diese sich uns als hohe sittliche Gestalten darstellen, jene aber als Urbilder jüdischer Verschlagenheit. Christus ist uns nicht der Jude aus Davids Stamm, nicht der jüdische Messias, sondern der grimmigste Bekämpfer des Judentums und in der Hoheit seiner Erscheinung und seiner Lehre durchaus Arier.

In meiner Bücherei gebe ich einem Buche nur dann den Ehrenplatz, wenn ich es unbedenklich auch in die Hand meiner Kinder gelangen lassen kann. Beim Lesen des Alten Testaments müssen die Kinder — je nach ihrer Anlage — entweder mit scheuen Fragen zu den Eltern kommen — und das sind die rein und gut veranlagten Kinder! — oder sie gehen in eine verborgene Ecke und schöpfen das Alte Testament in ihrer Weise aus — und diese Kinder sind zu beklagen! Ich gebe zu, daß das Alte Testament kostbare Perlen faßt. Die Worte des Jeremias haben mich gepackt, als ich noch ein Kind war. Die Psalmen waren mir eine Quelle der Erbauung. Aber man kann uns nicht zumuten, einige wenige kostbare Perlen, eingehüllt in tausend nichtige Schalen, mit uns herumzutragen. Und man nenne mir einen Gedanken im Alten Testament, der in unserem deutschen Schrifttum nicht schöner und zarter zum Ausdruck kommt. Ich erinnere nur an das deutsche Kirchenlied, oder an die tiefempfundene religiöse Lyrik Gustav Schülers aus unseren Tagen. Ja, der Gottesbekämpfer Nietzsche hat in seinem Liede „Dem unbekannten Gott" Worte gefunden, wie wir sie tiefer und religiöser im Alten Testament kaum finden. Meister Eckehart aus alter, Matthias Claudius aus neuerer Zeit sind in ihrer Schlichtheit Vertreter deutschen christlichen Geistes. Lassen wir unser Volk in solche Jungbrunnen unseres Deutschtums hineindringen, und es wird äußerlich und innerlich gesunden! Bei einer Schulentlassungsfeier begann ich statt mit dem üblichen Psalm Davids mit einem deutschen Psalm, nämlich einem Abschnitt aus des Matthias Claudius Brief an seinen Sohn Johannes, und ich hatte von vornherein die ganze Aufmerksamkeit der Lehrer und Schüler. Und einer der schönsten Gottesdienste, derer ich mich erinnere, war ein schlichter Waldgottesdienst, bei dem der Geistliche Perlen aus den Werken des „Wandsbecker Boten" darbot.

Wir müssen endlich aufhören, in die Weite zu schweifen, wir müssen in die tiefen lauteren Brunnen unseres eigenen Schrifttums tauchen, und unser Volk wird aus der religiösen und sittlichen Verwilderung nur herauskommen, wenn wir ihm nicht jüdische, sondern deutsche Sittlichkeit, nicht jüdisches, sondern urdeutsches Schrifttum nahebringen. Hoher arischer Gesinnungsadel spricht aus jedem Wort Christi, daher die tiefen und engsten Beziehungen zwischen Christentum und Deutschtum. Das Seelische, die tiefe Innerlichkeit sind dem Christentum wie dem Deutschtum in gleicher Weise eigen. Diese engen Be-

DETEKTIV KLANTE / BERLIN W 8
Friedrichstraße 65
Vom ehemalig. Geheimdienst des Kaisers

ziehungen zwischen Christentum und Deutschtum zum Ausdruck zu bringen, das liegt den Bestrebungen zu Grunde, die auf ein Deutschchristentum hinausgehen. Jedes Volk gestaltet sich seine Religion nach seinem besonderen Denken und Fühlen. Die Reformation legte den Grund zu einem Deutschchristentum, der Protestantismus ist eine der hervorragendsten Ausprägungen des deutschen Geistes. Wenn heute die Theologen wie zu Christi und Luthers Zeiten dem Volk die eigenen Wege zu Gott sperren, so nötigen sie es zur Selbsthilfe. Diese Selbsthilfe hat schon eingesetzt, und das führt zu Überspannungen und zu Auswüchsen, die nicht zu billigen sind, aber dann unvermeidlich sind. Auch die große Reformation hat ihre Schwarmgeister gehabt.

Nicht übelwollende Kritik leitet uns. Auch an Schriften des Neuen Testaments hat Luther vor 400 Jahren schärfste Kritik geübt, er nannte die Epistel des Jakobus eine „stroherne Epistel". Ich glaube, wir können doch unserm Luther christlichen Geist nicht ganz absprechen. Derselbe Luther sagte: „Moses geht uns Christen nichts an." Goethe hatte sogar für die 10 Gebote, in denen unsere Theologie immer noch eine Geistestat Israels sieht, wenig übrig. Harnack aber, über dessen Urteil doch auch die an der Tradition festhaltende Wissenschaft nicht wird hinweggehen können, schrieb: „Das Alte Testament im 2. Jahrhundert zu verwerfen, war ein Fehler, den die große Kirche mit Recht abgelehnt hat. Es im 16. Jahrhundert beizubehalten, war ein Schicksal, dem sich die Reformation noch nicht zu entziehen vermochte; es aber seit dem 19. Jahrhundert als kanonische Urkunde im Protestantismus zu konservieren, ist die Folge einer religiösen und kirchlichen Lähmung."

Was große Geister, wie Kant und Goethe, vorausahnend an großen Gedanken — ich erinnere nur an den Entwicklungsgedanken — ausgesprochen haben, das hat die Wissenschaft begierig aufgenommen und ausgebaut. Nur die theologische Wissenschaft verschließt sich ihnen. Ich meine aber doch, wenn wir die Wahl haben zwischen jenen großen Menschheitsführern und den Vertretern der kirchlichen Wissenschaft, so werden wir bei aller Hochschätzung für die letzteren doch auf die ersteren zurückgehen. Ich erinnere an die alte Inspirationslehre, die noch vor einem Menschenalter als wohlbegründet galt und auch von Hochschullehrern vertreten wurde. Heute hat sie in der Wissenschaft keinen Vertreter. Dieselben Gelehrten, die sich heute ablehnend gegen die völkische Betrachtung des Alten Testaments stellen, hätten sich ebenso ablehnend gegen Wellhausen gestellt, als er vor einem Menschenalter seine Prolegomena zur Geschichte Israels veröffentlicht hatte. Das sind doch bedenkliche Tatsachen, die unsere Theologen stutzig machen müßten, wo man denn die Grenze ziehen müsse, über die hinaus eine Kritik an der Tradition nicht zu üben sei. Wir erwarten ja nicht, daß die Kirche in ihren Vertretern sich uns jubelnd in die Arme werfe, aber das eine zu erwarten sind wir berechtigt, liebevolles Verständnis für die neuen und doch schon so alten Ideen, die die Zeit ganz von selbst heranreifen lassen muß. So gewinnt denn auch das vielangefochtene Buch von Delitzsch eine Bedeutung, die die Kirche ihm nicht wird streitig machen können. Im einzelnen mag Delitzsch Fehler zeigen, im ganzen ist sein Buch eine Tat, die ihm die Jahrhunderte nach ihm danken werden.

Luthers Reformation war die Befreiung des deutschen Volkes aus dem fremden geistigen Bann des romanischen Christentums. Seine befreiende Tat war der erste Schritt zu einem Deutschchristentum. Kant, Goethe, Schleiermacher haben es prophetisch vorausahnend verkündet. Den nächsten Schritt zu tun, wäre die große und würdige Aufgabe der Kirche. Es ist aber leider wenig zu hoffen, daß Kirche und kirchliche Wissenschaft an der Lösung dieser Aufgabe führend arbeiten werden. Sie hinken um 50 Jahre nach und verlieren die Führerschaft auf ihrem eigensten Gebiet.

Es nützt aber nicht, daß die aus solcher Schule hervorgehenden Geistlichen und Lehrer im Banne der alten Tradition bleiben. Der Kreis der Lehrer, die das Alte Testament ablehnen — gleichviel ob an der Volksschule oder an der höheren Schule, ob politisch rechts oder links orientiert — wird immer größer. Will die Kirche mit der theologischen Wissenschaft weiter aufrecht halten, was sich nicht halten läßt! Auch das Festhalten an Sitte und Glaube kann zur Sünde werden, nicht bei der großen Masse, wohl aber bei denen, die zu Führern des Volkes berufen sind. Die Kirche hat durch ihr starres Festhalten an der Tradition die Führung verloren, und als treuer Anhänger der Kirche scheue ich mich nicht zu erklären: Sie hat heute nicht viel mehr zu verlieren. Die Gebildeten sind ihr entglitten, je gerade die tief angelegten unter ihnen wenden sich vom Christentum ab, weil sie an der Möglichkeit verzweifeln, es vom Judentum zu lösen. Die großen Volksmassen springen mehr und mehr ab, und das ist zum großen Teil die Arbeit des Judentums und der jüdischen Presse. Was bleibt der Kirche noch, wenn es so weiter geht? Sie soll aber und muß wieder Führerin werden, und das kann sie nicht, wenn sie gegenüber brennenden Fragen den Kopf in den Sand steckt. Und die brennendste Frage für unser Volk, auch für die Kirche, die Lebensfrage, an der unsere Zukunft brechen muß, wenn wir sie nicht in ihrer ganzen Bedeutung erfassen, ist unsere Stellung zum Judentum und zum Alten Testament.

Die Arbeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik.

Die Tagespresse hat gemeldet, daß der frühere Hauptschriftleiter des „Stralsunder Tageblatts", Major a. D. **Zoeller**, durch den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und einiger Minister zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Diese Bestrafung ist so hart, Anklage und Verhandlung sind so charakteristisch für die Verhältnisse in der freiesten aller Republiken, daß es nötig ist, nachträglich auf den Fall des Major Zoeller einzugehen.

Im Juni 1922 hatte Major Zoeller den Tod des Geheimrats Kapp zum Anlaß einer politischen Betrachtung über Kapp und den nach ihm benannten „Putsch" gemacht. Major Zoeller hatte darin auch von dem „Augiasstall der schwarz-rot-gelben Republik" gesprochen. Zoeller hatte es ferner als einen Treppenwitz der Weltgeschichte bezeichnet, daß gerade Kreise, die am Hochverrat vom November 1918 beteiligt oder interessiert gewesen waren, kein Bedenken getragen hätten, Kapp und seine Freunde als Hochverräter verächtlich zu machen. In diesen Zusammenhängen hatte Major Zoeller den Namen des Reichspräsidenten genannt. Er hatte auch darauf hingewiesen, daß der Generalstreik nach dem Kapp-Putsch von Personen gefördert worden sei, die noch drei Monate vorher Strafbestimmungen gegen die Stillegung lebenswichtiger Betriebe erlassen hätten. Der Angeklagte hatte jenen Generalstreik verbrecherisch und volksverderblich genannt, schließlich auch Hardens Urteil über die Flucht des Reichspräsidenten und der Minister wörtlich gebracht. Dieses Urteil ist allerdings sehr despektierlich und krass beleidigend. Gegen Harden und die „Zukunft" ist aber selbstverständlich niemand vorgegangen.

Erst vier Wochen, nachdem Major Zoeller jenen Artikel geschrieben hatte, wurde das Gesetz zum Schutze der Republik erlassen und der Staatsgerichtshof geschaffen. Major Zoeller konnte das nicht vorher ahnen. Wenn er bei der Abfassung seines Artikels eine Klage wegen Beleidigung in Betracht zog, so brauchte er sich schlimmstenfalls darauf gefaßt zu machen, von fünf Berufsrichtern abgeurteilt zu werden, welche lediglich unter juristischem Gesichtspunkt richten würden. Außerdem konnte er gegen ein solches Urteil zunächst Berufung und schließlich Revision einlegen. Nun änderte sich nach der Ermordung Rathenaus die Lage vollkommen. Major Zoeller wurde vor den Staatsgerichtshof gezogen. Seine Richter waren nur drei Berufsrichter neben sechs Parlamentariern, die alle denjenigen Parteien angehörten, welche der Angeklagte in seinem Artikel bekämpft hatte. Gegen den Spruch des Staatsgerichtshofs gibt es kein Rechtsmittel, keine Berufung, keine Revision. Dieser Umstand war hier besonders schwerwiegend, weil die Verteidigung des Angeklagten unzureichend war. Unter anderen Umständen hätte er nach Berufungseinlegung, in der nächsten Verhandlung durch einen besseren Verteidiger ein wesentlich anderes Urteil erzielen können. Die Parteilichkeit dieses politischen Gerichtshofs zeigte sich, abgesehen vom Urteil, auch darin, daß den Beweisanträgen des Angeklagten nur in so beschränktem Umfang entsprochen wurde, wie es in einem gewöhnlichen Verfahren kaum denkbar ist.

Der Staatsgerichtshof war also zuständig für eine sogenannte Straftat, die vor seiner Existenz begangen worden war. Schon darin liegt eine ungerechte Benachteiligung des Angeklagten, denn es kann kein Zweifel obwalten, daß er diese seine Straftat beim Vorhandensein des Staatsgerichtshofs und des Gesetzes zum Schutze der Republik vermieden, zum mindesten erheblich abgeschwächt haben würde. Ferner war zwar die Anklage im wesentlichen auf das Reichsstrafgesetzbuch gestützt worden, aber in der Anklageschrift und in der Anklagerede wurde die Wendung des Angeklagten vom Augiasstall usw. herangezogen, die mit dem Reichsstrafgesetzbuch nicht in Konflikt stand. Einen weiteren Beweis, daß man den unsachlichen, nämlich den parteipolitischen, Maßstab anlegte, gab der Strafantrag des Reichsanwalts von einem Jahr und drei Monaten Gefängnis. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch wäre dieser Antrag unmöglich gewesen, zumal keine Vorstrafen des Angeklagten vorhanden waren. Höchst bezeichnend war eben zu diesem Punkte die Rede des Reichsanwalts, denn er motivierte die Härte seines Strafantrags mit der Begründung: hier solle ein für jeden abschreckendes Beispiel hingestellt werden. Ein abschreckendes Beispiel durch Härte der Strafe! Trotzdem die Straftat begangen worden war, bevor es einen Staatsgerichtshof und ein Gesetz zum Schutz der Republik gab. Der Gerichtshof hat schließlich auf die Strafe von sechs Monaten Gefängnis erkannt. Auch sie ist ganz unverhältnismäßig hoch. In den Zeiten des Kaisertums mußte schon sehr viel dazu gehören und zusammengekommen sein, um eine derartig harte Strafe zustande zu bringen, und gar Gefängnis! Leute wie Harden, die planmäßig Kaiser und Kaisertum verächtlich zu machen versuchten, erhielten nie Gefängnis, sondern im Höchstfalle Festung. In den allermeisten Fällen erfolgte Begnadigung, oder aber der Kaiser ließ das Verfahren niederschlagen. Die gesamte linksstehende Presse konnte sich nicht genug tun, in Entrüstungskundgebungen über die Rückständigkeit des Strafparagraphen für Majestätsbeleidigung und verlangte immer dringender vom Kaiser, ihn nicht zur Anwendung zu bringen; er müsse doch über solchen Dingen stehen, sein Ahn', Friedrich der Große, habe gesagt: „Niedriger hängen!" — Herr Ebert und die republikanischen Minister denken anders, sie sind Mimosen an Empfindlichkeit, und ihre Nerven sind von äußerster Zartheit. Zu ihrem Glück ist auch ihr Gedächtnis kurz. Sie haben längst vergessen, welch rauhe Sprache sie und ihre Kreise politisch zu reden pflegten, welches ihre Ausdrücke und Schimpfworte gegen das alte Regime und dessen Träger waren. Sie haben damals alle unter ihrem Gesichtspunkt geurteilte Fehler und Schwächen ihrer Gegner sehr genau erkannt und scharf gesehen. Psychologisch ist es nicht überraschend, aber deshalb nicht minder interessant, daß die Leiter der Republik für die Schwächen ihres eigenen Verfahrens, gerade in Fällen, wie der vorliegende, ganz blind zu sein scheinen. Das sozialistische Stralsunder Blatt schrieb zur Verurteilung des Herrn Major Zoeller u. a.: „Wenn ihn jetzt die längst verdiente Strafe trifft, so ist das menschlich bedauerlich, aber im Interesse der deutschen Republik und der deutschen Einheit verständlich und zu begrüßen." Es ist schwer, zu entscheiden, wieviel Heuchelei, wieviel allgemeine Urteilslosigkeit, und wieviel bornierter Parteifanatismus sich in dieser erleuchteten Meinungsäußerung mischen. Immerhin haben wir es mit einem Urteilsniveau der die öffentliche Meinung führenden Schicht der Linken zu tun.

Die deutsche Einheit, meint dieser weitblickende Parteiphilister, werde durch eine so abnorme und ungerechte Bestrafung gefordert. Vielleicht hat er freilich nur wenig Zeit gehabt als er es schrieb und automatisch aus dem republikanischen Phrasenschatz ein paar Fetzen herausgesucht. Vielleicht hat man auch in der Verhandlung des Staatsgerichtshofes ähnliche Weisheiten geredet.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung.

Zu meinem Artikel „Jugendgrenzlandarbeit" muß ich folgendes feststellen: Eine Arbeits- und Interessengemeinschaft zwischen der „Zentralstelle für Jugendgrenzlandarbeit" und dem „Jungdeutschlandbund" besteht nicht, vielmehr ist die Arbeit der Zentralstelle positiv völkisch. Auch befindet sich die Geschäftsstelle nicht Berlin W 50, Kurfürstendamm 243, sondern: Berlin N 24, Auguststraße 70.

Magdeburg, den 2. April 1923.

K.-W. Dühmert.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: H. Lang, Berlin. Verlag: „Der Reichswart", Verlagsges. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 11, Bedemannstraße 12.

Ankauf, Kommission, Verkauf von
Juwelen Perlen, Platin, Gold- u. Silbergegenst. jed. Art
Juwelengesellschaft
Graf H. von Einsiedel & J. Schulz*)
BERLIN NW 7, Unter den Linden 56.
Alleinige Vertretungsfirma des Wirtschaftsbundes für den deutschen Adel G. m. b. H.
*) J. Schulz, früh. Mitarbeiter d. Hofjuweliers W. Bolin in Moskau.

Bankgeschäft Willi Bruß, Berlin-Wilmersdorf
Brandenburgische Straße 69
Telefon-Anschlüsse: Pfalzburg 1027, 6711, 6712, 6713 / Telegramm-Adresse: Ordenstraß-Berlin / Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 106604 / Filialen in: Stettin, Hohenzollernstraße 13; Wismar, Wismarstraße 5; Bamberg, Luitpoldstraße 18; Potsdam, Waisenstraße 56; Rostock i. M., Schnickmannstraße 10.
An- und Verkauf von Effekten / Scheckverkehr
Prompte Ausführung aller Bank- und Börsengeschäfte

Reklamepreis nur 13200 Mark
Nur 13200 M. kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr
Sachte Sachlichkeit nur 1200 M. unter,
Nr. 52 stark vernick. ca. 50 std. Werk, genau reguliert nur 12500
Nr. 55, dies., m. Scharn. nur 14400
Nr. 51, dies., echt versilb., m. Goldr. u. Scharn. nur 15500
Nr. 58, dieselbe mit bess. Werk, ... nur 16800
Nr. 59, Damenuhr, versilb., mit Goldrand nur 18000
Nr. 79, dies., kl. Fm., nur 26400
Metall-Uhrkapsel .... nur 500
Panzerkette, vernickelt ... 500
" echt versilb. 2000
" echt vergold. 3600
Nr. 47, Armbanduhr mit Riemen 17600
Wecker, pr. Messingw. nur 14500
Garantie für jede Uhr.
Von den Uhren werk. jährlich ca. 10000 Stück.
Uhren-Klose, Berlin 200, Zossener Str 8

Pferde
für Lepra und Unfruchtbarkeit direkt vom Züchter. Schriftl. Auskunft frei. H. Ulf, Schöttlinerstr. 21.

Alt-China
Porzellan
Bronzen usw.
Japan-Kunst
große Auswahl günstige Preise
Th. Bohlken,
Kurfürstenstraße 122.

Unterrichtsanstalten, Pensionate, Erziehungsheime, Sanatorien

Dir. Eckes Höh. Vorbereit.-Anstalt, Bln.-Steglitz, Fichtestr. 24, Stegl. 1562
Alle Klassen (gemn. u. real), Einj. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883. 2 Villen inmitten großer Gärten.

Dr. Weiß
Asthma-Kurhaus
Berlin-Südende

Berlin, Zietenstr. 22. Fischer's Vorber.-Anstalt f. alle Schulexamina. Mittg. od. U-III. Gegr. 1888. Internat.! Damenvorbereitg.! Zudienung, unerr. Vorz. Erfolge! Prosp. Dir. Fischer, Obll. d. R. a. D.

Tannenhof
Sanatorium Friedrichsroda

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM — HERMANNSWERDER 120
JUGENDHEIM (vom 2. Jahrgang) mit LYZEUM f. Mädchen und jüngere Knaben. FRAUENSCHULE mit staatlicher Berechtig. HAUSHALTUNGSSCHULE. ERHOLUNGSHEIM. Idyllische Lage am Wald und Wasser. Seminar für Hauswirtschaftslehrerinnen. Kurse für Privat- und Gutssekretärinnen.

Polytechn. Institut Arnstadt Thür.
Moderne Laboratorien, Maschinenbau, Elektrotechnik, Gas- und Wassertechnik, Chemie, Bauingenieure.

Wer tauscht Wohnung in Oberstaufen (Bayr. Allgäu) b. z. gegen 4-Z.-Wohn. in Berlin? Anfr. unt. 173 an den „Reichswart" erbeten.

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey-Otto-Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Zu kaufen gesucht:
Kleines Haus, kl. Garten zum Selbstbewohnen.
Carl Münter,
Bonn, Schloßstraße 26.

Mechanische Treibriemenweberei und Lederriemenfabrik
Aktiengesellschaft, (vormals Paul Grieger) Tempelhof b. Berlin, Ringbahnstr. 42/43, Fernspr.: Südr. 1162/65
Abteilung: Leder
Ia Kernleder-Treibriemen in allen Dimensionen, in kürzester Zeit lieferbar. Chromleder-Riemen, Rundschnur, Cordelschnur, Ledermanschetten und Ringe.
Abteilung: Weberei
Kamelhaar-, Baumwoll-, Baumwolltuch-, Segeltuch-, Hanf- Treibriemen

Ernst Boldt, Grenadierstr. 18 am Schönhauser Tor
Berlins größtes Geldschranktransportgeschäft
Spezialgeschäft für Auslandstransporte
Verzollung Verpackung
Fernsprecher: Amt Norden 646, 2775 u. 9414

Zur Schuldfrage
empfehle ich
Dagener: Die Schuld am Weltkriege Mk. 690.—
" Die Schmach der Welt Mk. 500.—
bei größeren Bezügen besond. Preise.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag:
Nationaldeutscher Verlag Schwarz,
Berlin N, Brüsselerstr. 36a
Telefon Moabit 4072.
Meine Abt. Versand liefert schnell!
sämtl. Werke der gesamten Literatur.

Emil Beck
G. m. b. H.
Speditions-Geschäft
BERLIN SW 61, Tempelhofer Str. 47-48
Fernsprecher: Nollendorf Nr. 2309 u. 2341
Telegramm-Adresse: Flügelbeck

Blonde und helläugige Deutsche organisiert Euch geistig und wirtschaftlich in der Germanischen Gesellschaft!
Auskunft erteilt (geg. Rückporto) Erich Warner, Charlottenburg, Kirchstraße 21.

Browning, Kal. 7,65 M. 20000, Kal. 6,35 M. 20000, Mauf. M. 25000, Jagdwaff. Benelendorff, Bln.-Friedenau, Rheinstraße 47.

DIE SÜNDEN DER ZEIT
Eine Romantrilogie von Artur Dinter
Band 1: Die Sünde wider das Blut
200. Tausend, Grundpreis geb. 3.— M.
Band 2: Die Sünde wider den Geist
170. Tausend, Grundpreis geb. 3.— M.
Die Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft in Leipzig ist soeben aufgehoben.
Band 3: Die Sünde wider die Liebe
75. Tausend, Grundpreis 4.— M.
Dieses Buch ist soeben erschienen.
Die Grundpreise sind mit d. Geldentwertungsziffer d. deutsch. Verlegervereins zu multiplizieren, d. Bücherkäufer wolle beachten, daß nicht nur die Margarinepr., sind, auch die Bücherpreise „gleitend" sind. — Alle Behandlung d. Buchhändler, d. Dinterschen Bücher seien verbot. od. beim Verleg. vergriff., wolle man zurückweis. Gut geleitete Buchhandl. hab. d. Bücher ständ. vorrätig, sonst wende man sich an den Verlag
Matthes & Thost, Leipzig, Karlstr. 10

Die Geheimnisse der Weisen von Zion.
geheftet Mk 4600.— und Porto Mk. 120.— Zu beziehen durch die Reichswart-Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauerstr. 6.

Für unser Büro suchen wir zum baldigen Antritt deutschvölk.
Lehrmädchen
mit guter Handschrift. „Der Reichswart"
Verlagsgesellschaft m. b. H., Bln. SW 11, Dessauerstr. 6III.

Tafel-Oele
von 15 Liter an, hat preisw. abzugeb. Rich. Leander, Düsseldorf.

Bitte vergessen Sie nicht
bei Anfragen an unsere Inserenten auf den „Reichswart" Bezug zu nehmen.

Offizierhaus-Verwertungsstelle
Ankauf v. Uniformen, Zivilkleidung, Ausrüstungs- u. Haushaltungsgegenstände. Neue Annahmestelle
K. v. Reuter, Hardenbergstr. 24, Gartenh. pt.
Werktags: 4—6 Uhr ausgen. Sonnabend.